

BI wird AZV Pfattertal weiter kritisch begleiten

In Jahreshauptversammlung auf „wichtige Erfolge“ zurückgeblickt – Gebühren gesenkt



Dietmar Scheible, Heinrich Heling, Hermann Kremerskothen und Josef Werner kündigten an, auch im Jahr 2013 als Vorsitzende der BI alle Vorgänge rund um den AZV Pfattertal kritisch zu begleiten. (Foto: Giegerich)

Landkreis. (gig) Die Bürgerinitiative (BI) „Transparenz beim Abwasserzweckverband Pfattertal“ blickte bei ihrer Jahreshauptversammlung auf „wichtige Erfolge“ zurück. Die von der BI unterstützte Klage vor dem Verwaltungsgericht Regensburg gegen die Gebührenkalkulation des AZV bewirkte für den Zeitraum der Nachkalkulation bis zum 30. September 2011 eine Senkung der Schmutzwassergebühren von 3,89 auf 3,02 Euro und für die Laufzeit seit 1. Oktober 2011 eine Senkung der Gebühren von 4,40 auf 2,88 Euro.

Die anwesenden 66 Mitglieder bestärkten die Vorstandsmitglieder mit einer einmütigen Entlastung und sprachen sich dafür aus, die Arbeit der BI mit einer Beobachtung der laufenden Gerichtsverfahren gegen ehemalige Vorstände und beratende Firmen fortzusetzen sowie weiterhin auf eine sparsamere Haushaltsführung und eine Kontrolle des AZV zu dringen. Auf Vorschlag der Vorstandschaft wurde der Jahresbeitrag der BI gesenkt, die Mehrheit der Mitglieder plädierte für einen Jahresbeitrag von drei Euro für das Jahr 2013.

Dietrich Scheible, Vorsitzender der BI, beschrieb im ersten Teil des Jahresberichts den langen Weg zu den derzeit gültigen Abwassergebühren. Nach der erfolgreichen Klage gegen die vom AZV geforderten Gebühren von 3,89 Euro beziehungsweise 4,40 Euro (die Donau-Post berichtete mehrfach) habe die erforderliche Neukalkulation nach einer „abenteuerlichen Frischwasserkalkulation“ – die wiederum die BI gegenüber dem Landratsamt und dem AZV aufgedeckt habe – noch einmal auf die jetzt gültigen Gebühren gesenkt werden müssen. In der Gemeinde Alteglofsheim sei dann noch einmal eine Korrektur nötig gewesen, da der AZV in den Bescheiden den Abrechnungszeitraum falsch eingesetzt habe.

Eine Musterfamilie von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern, einem Schmutzwasseranfall von 150 Kubikmetern und einer befestigten Fläche von 150 Kubikmetern spare durch die vermiedenen Erhöhungen Abwassergebühren in Höhe von 226,50 Euro im Kalkulationszeitraum, erklärte Scheible.

Jahresbeitrag gesenkt

Die nächste Globalberechnung des Zweckverbands, die im Jahr 2015 anstehe, werde von der BI wieder sehr kritisch begutachtet. „Die Kasse der BI ist für weitere Auseinandersetzungen derzeit gut gefüllt“, bestätigte Schatzmeister Josef Werner. Da in diesem Jahr keine eigenen Gerichtsverfahren anstünden, beschloss die Mehrheit der Mitglieder auf Vorschlag des Vorstands eine Senkung des Jahresbeitrags von 15 auf drei Euro.

Hermann Kremerskothen, zweiter Vorsitzender der BI, ergänzte den Jahresbericht mit einer detaillierten Schilderung der Geschehnisse zur Petition der BI im Bayerischen Landtag. Ziel dieser Initiative sei gewesen, eine finanzielle Unterstützung der fünf betroffenen Gemeinden Alteglofsheim, Gebelkofen (Ortsteil von Obertraubling), Köfering, Mintraching und Thalmassing zu erreichen, die die Verbindlichkeiten des AZV in Höhe von 33,4 Millionen Euro (Angabe laut [Webseite des AZV](#)) schultern müssen, sowie eine bessere gesetzliche Regelung zur Kontrolle von Firmenkonstrukten unter dem Dach kommunaler Verbände zu erreichen.

Erst durch die Diskussionen mit dem Ausschuss für innere Sicherheit und kommunale Fragen sei offen gelegt worden, dass die Gemeinden keine Straßenentwässerungsbeiträge geleistet hatten, die fehlenden Beiträge würden jetzt rückwirkend auf fünf Jahre verteilt als Investitionsumlage in den Gemeindehaushalten auftauchen, sagte Kremerskothen.

Gesetzliche Vorgaben

Weiter kritisierte der BI-Vorsitzende, dass die verantwortlichen Verbandsräte, insbesondere aber die Verwaltungsratsmitglieder, in den fraglichen Jahren weder ihrer Kontrollpflicht noch ihrer Pflicht zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nachgekommen seien. Es gebe durchaus gesetzliche Vorgaben, nach denen kommunale Unternehmungen und Beteiligungen geführt und kontrolliert werden müssten, führte der zweite Vorsitzende aus. Die gesetzlichen Regelungen laufen jedoch ins Leere, wenn sie nicht beachtet werden. Es dürfe nicht sein, dass Kommunen in die Privatwirtschaft abtauchen können und sich sogar bewusst einer Prüfungspflicht entziehen, ergänzte Scheible. Die BI fordere, dass die von Gemeinden gegründeten kommunalen Unternehmen und

Zusammenschlüsse einer scharfen Kontrolle durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband unterliegen sollen. Darauf wollen Scheible und Kremerskothen auch bei einem Gesprächstermin in München drängen, den sie für den 29. Januar mit Fachreferenten des Bayerischen Gemeindetags vereinbart haben. Die BI werde mit dem Rückhalt durch 952 Mitglieder weiter eine Wächterfunktion übernehmen und die Frage der Rückzahlung unrechtmäßig erhaltener Gelder gegen den ehemaligen Vorsitzenden, einen anstehenden Strafprozess gegen ihn und einen Berater ebenso verfolgen wie die Verhandlung zur Klage des Abwasserzweckverbands wegen Falschberatung gegen eine Großbank, die am 7. Februar in Regensburg eröffnet wird. In der Politik und vor Gericht sei ein langer Atem gefragt, sagte Scheible. Die Ankündigung, dass die Vorstandsmitglieder bereit seien, die Arbeit der BI noch lange fortzusetzen, bestärkten die Mitglieder mit andauerndem Beifall.